



Grußwort

**der Senatorin für Gesundheit, Umwelt
und Verbraucherschutz des Landes Berlin**

Katrin Lompscher

**anlässlich der Tagung zum 25-jährigen Gründungsjubiläum des
Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung und
der Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung
am 24. September 2010 in Berlin**

Sehr geehrte Frau Wiegand, sehr geehrter Herr Korbun,
sehr geehrte Frau Professorin Zahrnt,
sehr geehrter Herr Professor Siebenhüner,
sehr geehrter Herr Professor Pfriem,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hat mich gebeten, Ihre heutige Jubiläumstagung in seinem Namen zu eröffnen und die besten Glückwünsche des gesamten Senates zum 25. Geburtstag zu überbringen. Da Sie mich als Umweltsenatorin kurzfristig gebeten hatten – und ich dieser Bitte bedauerlicherweise aus Termingründen nicht nachkommen kann – auch einen inhaltlichen Beitrag zum Tagungsthema „Transformationen – Auswege aus der Wachstums- und Klimakrise“ zu leisten, werde ich jetzt versuchen in Personalunion beiden Wünschen gerecht zu werden.

Im Mai 1985 in Berlin wurden das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung und auch die Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung gegründet. Das Motiv für die Gründung lagen schon seinerzeit in einer dreifache Krise.

- in der Krise der natürlichen Umwelt, die seit den 80er Jahren eines der bestimmenden politischen Themen ist.
- in der Krise von Politik und Wirtschaft, die auf die umweltpolitischen Herausforderungen keine oder nur unzureichende Antworten fanden – und bis heute nicht finden.
- und nicht zuletzt in der Krise der Wissenschaft, die der ökologischen Herausforderung anfangs nicht gewachsen war. Insbesondere für die Wirtschaftsforschung spielten die Grenzen der Belastbarkeit der natürlichen Systeme konzeptionell lange keine Rolle, obwohl der Club of Rome bereits 1972 auf die Grenzen des Wachstums hingewiesen hatte.

25 Jahre später sind Umweltthemen zwar in der Politik verankert, nachhaltige Veränderungen sind aber weiterhin Mangelware. In der Wirtschaft sind mit der „green economy“ eigene Branchen entstanden. Mit Energieeffizienz und verstärkter Nutzung erneuerbarer Energien werden nicht nur Ressourcen gespart, sondern auch wirtschaftliche Erfolge erzielt. Berlins Green Economy wuchs seit 2005 um rund 20 Prozent, umfasst mittlerweile rd. 500 Unternehmen und rd. 42.000 Beschäftigte.

Berlin begeht aktuell das Jahr der Wissenschaften. Dabei wird eindrucksvoll deutlich, wie aus Wissen Arbeit und Wirtschaftsleistung entstehen, von Jahr zu Jahr mit größerem Erfolg. Seit dem Jahr 2000 finden in Berlin jährlich Energietage statt, die sich als deutschlandweit

einzigartiges Forum für den Austausch zwischen Wissenschaft, Technologie und Praxis etabliert haben. 2008 beschloss der Senat im Rahmen der gemeinsamen Innovationsstrategie mit Brandenburg die Einrichtung des Kompetenzfeldes Energietechnik, das auch Energie- und Umweltforschung, -technologie und -dienstleistungen einschließt.

Das Motto Ihrer heutigen Tagung „**25 Jahre frischer forschen**“ verstehe ich so, dass Institut und Vereinigung auch künftig mit innovativen Ideen zur Verbreitung von Ansätzen nachhaltigen Wirtschaftens in Wissenschaft und Praxis beitragen wollen. „Frischer forschen“ meint auch die Suche nach Alternativen zu rein disziplinären, vorwiegend akademischen Zugängen und formuliert den eigenen Anspruch an eine gestaltungs- und problemorientierte Wissenschaft. Es ging und geht Ihnen um Konzeption und Praxis einer Wirtschaftsforschung, die die ökologischen Herausforderungen ernst nimmt und in Zusammenarbeit mit Unternehmen, Politik und Verbänden taugliche Lösungen für ein anderes Handeln entwickelt. Das ist einer der Gründe, warum die Forschungsergebnisse des IÖW so gefragt sind und meist große Aufmerksamkeit auch im politischen Raum finden.

Zentrale **Förderer und Auftraggeber** des IÖW sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und seine nachgeordneten Einrichtungen, die Europäische Kommission sowie zahlreiche weitere öffentliche Einrichtungen, Verbände wie z. B. foodwatch, BUND, Greenpeace oder WWF oder einzelne Unternehmen. Auch das Land Berlin gehört regelmäßig zu den Auftraggebern und Förderern des Instituts. Die Vielzahl verschiedener Förderer sichert nicht nur die **Unabhängigkeit** des Instituts. Sie spricht auch für eine hohe Qualität der Projekte des IÖW, zumal Forschungsvorhaben immer öfter in wettbewerblichen oder gutachterlichen Verfahren vergeben werden.

Die von Ihnen betriebene interdisziplinäre Umweltforschung ökonomischer Prägung geht über eine technisch geprägte und auf Nachsorge ausgerichtete Umweltforschung weit hinaus. Sie stellt sich der schwierigen Frage nach ökonomisch gangbaren Auswegen aus der sich zuspitzenden ökologischen Krise. Das IÖW ist ein Vorreiter der interdisziplinären Umweltforschung in Deutschland. Es hat maßgeblich dazu beigetragen, die Umweltfrage auch wirtschaftswissenschaftlich und gemeinsam mit Natur- und Ingenieurwissenschaften zu bearbeiten. In der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung gehört das IÖW heute zu den renommiertesten Einrichtungen in Deutschland. Maßgeblich für Ihren Erfolg ist die – von der VÖW unterstützte – enge Zusammenarbeit mit der Praxis, mit Unternehmen, Politik und Verbänden bei der Entwicklung neuartiger, praxistauglicher Lösungen.

In seinen Anfangsjahren setzte das IÖW Maßstäbe bei der Entwicklung des betrieblichen Umweltmanagements und der Ökobilanzierung. Heute wird das Thema breiter, als **Nachhaltige Unternehmensführung** bearbeitet und umfasst auch Unternehmensstrategien, Geschäftsmodelle, Produkt- und Dienstleistungsentwicklung, Unternehmenskommunikation und Stakeholderbeziehungen im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit.

Das inhaltliche Spektrum des Instituts reicht von volkswirtschaftlichen über sozialwissenschaftliche und bis zu technischen Ansätzen, die interdisziplinär und handlungsorientiert verbunden werden. Klimaschutz und -anpassung, nachhaltige Energiewirtschaft, Land- und Wassermanagement, Chancen und Risiken neuer Technologien, regionale Wirtschaftspolitik oder nachhaltige Produktions- und Konsummuster sind heute aktuelle IÖW-Forschungsthemen.

Auch die Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung VÖW wird in diesem Jahr 25. Sie war die erste Plattform für den interdisziplinären Diskurs zwischen Ökologie und Ökonomie in Deutschland. Anfang der 90er Jahre entstanden Studierenden-Gruppen der VÖW an zahlreichen Hochschulen. Aktuell ist die VÖW eine der bedeutenden interdisziplinär orientierten Wissenschaftsgesellschaften. Gemeinsam geben IÖW und VÖW seit 1986 die Zeitschrift *Ökologisches Wirtschaften* heraus. Sie hat sich als wissenschaftliches Referenzorgan zu Nachhaltigkeit und Wirtschaft im deutschsprachigen Raum etabliert. Seit August 2010 erscheint die Zeitschrift auch online und stellt einen reichen Wissensfundus zur freien Verfügung, der von den Anfängen der interdisziplinären Umweltforschung bis hin zu aktuellen Themen nachhaltigen Wirtschaftens reicht. Die Umsetzung der Online-Ausgabe wurde vom Wissenschaftssenator des Landes Berlin gefördert.

Genug der verdienten Würdigung – ich möchte abschließend kurz auf Ihr Tagungsthema eingehen. „Auswege aus dem industriellen Wachstumsdilemma“ war Ihre Eröffnungstagung im Jahr 1985 überschrieben. Heute 2010 gehen Sie unter dem Titel „Transformationen – Auswege aus der Wachstums- und Klimakrise“ fast der gleichen Frage nach. Aus dem Dilemma ist eine Krise geworden, die um die Klimafrage dramatisch erweitert wird. Und als Weg zu deren Bewältigung halten Sie Transformationen für unvermeidlich. Sie wollen ergründen, wie weitreichende gesellschaftliche Transformationen eingeleitet und gestaltet werden können, um den Herausforderungen sozial und ökonomisch angemessen zu begegnen. Ansätze einer solchen Transformationsforschung, die in verschiedenen Disziplinen generier-

tes Wissen integriert, sind in Deutschland bislang nur wenig entwickelt. Schon deshalb ist es verdienstvoll, dass Sie Ihre Jubiläumstagung diesem Thema widmen.

Ich teile Ihre Auffassung, dass umfassende gesellschaftliche Umwälzungen – und nichts anderes sind Transformationen – unumgänglich sind. Das reicht von unserem Verständnis von Wachstum und Wohlstand über neue internationale Regulationsansätze bis zur Förderung und Nutzung individueller und lokaler Initiativen. Der Blick in die Zukunft darf nicht von Angst vor der Unlösbarkeit wachsender Probleme beherrscht werden. Nachhaltigkeit und Umweltgerechtigkeit eröffnen eine Perspektive für neue Leitbilder, konkretisiert und differenziert durch Begriffe wie qualitatives Wachstum, nachhaltiger Konsum, solidarische Weltgemeinschaft. Damit sind Individuen, Unternehmen, Politik und gesellschaftliche Akteure gleichermaßen angesprochen und gefordert.

Die Lösung globaler Umweltprobleme entscheidet heute über Zukunftsfähigkeit. Es gibt keinen Ausweg zu Lasten von Naturressourcen und Klima. Der Kern von Nachhaltigkeitspolitik ist die integrative Verbindung von ökologischen, sozialen und ökonomischen Zielen. Ein quantitatives Wachstum des Ressourcenverbrauchs ist mit dem Leitziel der Nachhaltigkeit nicht vereinbar. Ökologisch motivierte Vorhaben müssen wirtschaftlich machbar und sozial gerecht sein. Das ist Voraussetzung für gesellschaftliche Akzeptanz und Wirksamkeit gleichermaßen.

Es geht also um Konzepte und Pfade für den Umbau unserer Gesellschaft, unserer Wirtschafts- und Lebensweise. Sind diejenigen, die für die nötigen Weichenstellungen Verantwortung tragen, darauf vorbereitet und dazu bereit? Und lässt sich diese Aufgabe delegieren an „die da oben“?

Ich bin überzeugt, dass es an guten und praktikablen Vorschlägen nicht mangelt. Hier haben Wissenschaft, Wirtschaft und Aktivisten das Feld bereitet. Vielfältige Initiativen – national und international – beweisen, was heute schon geht.

Es braucht also unterstützende und Normen setzende gesellschaftliche, insbesondere staatliche Rahmenbedingungen, um diese Entwicklung nachhaltig und in der Breite zu verankern. Das heißt mehr öffentliche Förderung für die Zukunftsfelder. Wofür nicht einmal mehr öffentliches Geld gebraucht würde. Das bedeutet nämlich auch kritische Überprüfung und Korrektur entgegengesetzt wirkender steuerlicher Mechanismen, Fördertatbestände und gesetzlicher Regelungen, möglichst international abgestimmt.

Blicken wir in den politischen Alltag, könnte das ernüchternd wirken. Die Klimakonferenz in Kopenhagen kam über eine Minimalerklärung nicht hinaus. Auf dem UN-Millenniumsgipfel bemühen sich die Industriestaaten mit Forderungen nach neuer und besserer Ergebnisorientierung ihre Verantwortung für Entwicklungspolitik zu relativieren. Der Entwurf des Energiekonzepts der Bundesregierung kündigt den Atom-Ausstiegskonsens und weist eher in die Vergangenheit als in die Zukunft.

Aber die Gegenstimmen sind unüberhörbar und fundiert. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung ist nicht entschieden. Das gilt für Berlin, Deutschland und international. Die Krise und der daraus erwachsende Handlungsbedarf werden nicht mehr ernsthaft bestritten. Das ist ein Fortschritt, den es zur Stärkung der Transformation zu nutzen gilt. Wir sind auf dem richtigen Weg bisher nur ein kleines Stück vorangekommen, lassen Sie uns also den Schritt beschleunigen.